

Antrag S.1: Satzungsänderung jugendpolitische Sprecher:in

Antragsteller*in:	linksjugend ['solid] Thüringen
Status:	erstellt
Sachgebiet:	S - Satzungsändernde Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 In der Landessatzung wird § 19 Zusammensetzung und Wahl des Landesvorstandes wie
- 2 folgt ergänzt:
- 3 § 19 Zusammensetzung und Wahl des Landesvorstandes
- 4 1. Der Landesvorstand besteht aus:
- 5 • zwei Landesvorsitzenden,
- 6 • zwei stellvertretenden Landesvorsitzenden,
- 7 • dem/der Landesgeschäftsführer/in,
- 8 • dem/der Landesschatzmeister/in,
- 9 • dem/der jugendpolitischen Sprecher/in,
- 10 • 11 weiteren Mitgliedern des Landesvorstandes.
- 11 Bei der Wahl der Landesvorsitzenden sowie bei der Wahl der stellvertretenden
- 12 Vorsitzenden ist jeweils die Mindestquotierung sicherzustellen. Der anerkannte
- 13 Jugendverband nach § 12 erhält das Vorschlagsrecht für die Position des
- 14 jugendpolitischen Sprechers/der jugendpolitischen Sprecherin.

Begründung

Während des letzten Jahrs und insbesondere durch die dazugehörigen Wahlen sind nicht nur die Mitgliederzahlen der Partei in die Höhe geschossen, sondern auch die des Jugendverbandes. In der politischen Arbeit und bei politischen Aktionen werden der Jugendverband, sowie junge Perspektiven immer wichtiger.

Da auch die Partei von der Arbeit des Jugendverbandes stark profitiert, möchten wir nun das Amt des jugendpolitischen Sprechers/der jugendpolitischen Sprecherin, sowie das Vorschlagsrecht für den Jugendverband für die Besetzung dieses Amtes in der Satzung verbindlich regeln. Dies ist uns zum einen in Anbetracht der Neugründung der Jungen Alternative zum Zweck der engeren Parteibindung wichtig. Denn auch die Partei Die Linke und die linksjugend müssen enger zusammenarbeiten. Dieses Amt soll den Grundstein für solch eine Zusammenarbeit legen. Zum anderen sind wir der Überzeugung, dass es innerhalb des Landesvorstands eine Person braucht, die gezielt die Perspektive junger Genoss:innen in die Vorstandsarbeit einbringt.

Was auf Bundesebene durch eine solche Position für den Bundesvorstand der Partei Die Linke geregelt ist, wollen wir nun mit dieser Änderung auch auf Landesebene umsetzen.